

V-58 Digitalpakt 2.0 besser ausstatten, Digitalisierung der Bildungsinfrastruktur verlässlich fortführen

Antragsteller*in: Volker Morbe (KV Merzig-Wadern)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Der Digitalpakt 1.0 wurde 2019 für fünf Jahre ins Leben gerufen, um den
2 digitalen Ausbau der Schulen zu fördern. Ursprünglich waren 5 Milliarden Euro
3 Bundesmittel vorgesehen, die im Zuge der Corona-Pandemie auf 6,5 Milliarden Euro
4 aufgestockt wurden. Mit diesen Mitteln sollten unter anderem WLAN-
5 Infrastrukturen, interaktive Tafeln sowie digitale Endgeräte wie Tablets und
6 Laptops finanziert werden. Der Bund übernahm 90 Prozent der Kosten, während die
7 restlichen 10 Prozent von den Ländern und Kommunen getragen wurden.

8 Der sich derzeit in der Planung befindende Digitalpakt 2.0 sieht hingegen nur
9 noch einen Bundesanteil von 2,5 Milliarden Euro vor, die daran gekoppelt sind,
10 dass die Länder weitere 2,5 Milliarden Euro hinzugeben. Wir GRÜNEN sehen hier
11 mehrere Kritikpunkte.

12 1. Das Volumen des Digitalpaktes 2.0 ist nicht ausreichend

13 Die Kosten für die Digitalisierung der Schulen werden weiterhin hoch bleiben.
14 Trotz der Förderungen des Digitalpakts 1.0 ist die grundlegende digitale
15 Infrastruktur in vielen Schulen bundesweit noch nicht vollständig ausgebaut, was
16 zu erheblichen Nachteilen führt. Außerdem müssen digitale Endgeräte regelmäßig
17 durch leistungsfähigere Modelle ersetzt werden, um einen modernen Unterricht zu
18 ermöglichen. Die Infrastruktur muss auf dem neusten Stand gehalten werden. Auch
19 die Sicherheitsanforderungen führen dazu, dass Geräte ersetzt werden müssen,
20 wenn sie vom Betriebssystem beispielsweise nicht mehr unterstützt werden. Des
21 Weiteren sind kontinuierliche Weiterbildungen sowohl für Lehrkräfte auch auch
22 für Schüler*innen nötig, um den sich immer schneller entwickelnden digitalen
23 Anforderungen gerecht zu werden. So war, als der Digitalpakt 1.0 aufgesetzt
24 wurde, das Thema „generierende KI“ noch ein Nischen-Thema, mittlerweile handelt
25 es sich aber um ein zu erlernendes Tool. Auch diese neuen Aufgaben führen dazu,
26 dass das Volumen von insgesamt 5 Milliarden Euro nicht ausreicht, zumal 2,5
27 Milliarden davon aus den Ländern kommen sollen.

28 2. Die 50%-Finanzierung durch den Bund führt zu Ungleichheiten zwischen 29 Bundesländern

30 Der Digitalpakt 1.0 wurde zu 90 % vom Bund finanziert. Dies führte dazu, dass
31 auch finanzschwache Bundesländer massiv ihre digitale Bildung ausbauen konnten.
32 Der Digitalpakt 2.0 jedoch sieht nur eine 50 % Finanzierung durch den Bund vor.
33 Dies führt dazu, dass gerade in finanzschwachen Bundesländern die nötigen
34 Investitionen in die digitale Bildung nicht mehr getätigt werden können. Eine
35 fehlende Digitalisierung in den Schulen führt jedoch dazu, dass die
36 Bildungsschere sich noch weiter öffnet, da digitale Kompetenzen
37 Schlüsselqualifikationen für das 21. Jahrhundert sind. Kinder aus
38 finanzschwächeren Regionen Deutschlands hätten so schlechtere Bildungschancen

39 als Kinder aus wohlhabenderen Regionen. Dies steht im klaren Widerspruch zu den
40 im Grundgesetz geforderten einheitlichen Lebensverhältnissen in Deutschland.

41 3. Wir brauchen eine Verstetigung der Finanzierung

42 Die Digitalisierung an Schulen darf keine zeitlich eingeschränkte Investition
43 sein, sondern ist eine Daueraufgabe: digitale Endgeräte müssen gewartet und
44 administriert werden, Lehrpersonal muss kontinuierlich weitergebildet werden,
45 alte oder defekte Geräte müssen ersetzt werden, und auch die Verwaltung ist
46 bedingt einen enormen Aufwand. Viele Schulträger haben nicht genügend
47 Administrator:innen, um die zunehmend anfallenden Aufgaben zu bewältigen, sodass
48 zusätzliches Personal erforderlich sein wird. Mittel- bis langfristig betrachtet
49 kann daher ein weiterer "Digitalpakt 3.0" nicht die endgültige Lösung
50 sein. Es müssen andere Konzepte erarbeitet und etabliert werden, mit denen die
51 Daueraufgabe Digitalisierung dauerhaft finanziert werden kann. Wir unterstützen
52 daher die Umsetzung der im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbarten Einrichtung
53 einer Bundeszentrale für Digitales und Medien. Perspektivisch streben wir zudem
54 eine Änderung des Grundgesetzes zur Reform des Kooperationsverbotes zwischen
55 Bund und Ländern an.

56 4. Fazit

57 Der aktuelle Entwurf des Digitalpakts 2.0 leitet einen schrittweisen Rückzug des
58 Bundes aus der Finanzierung der Schuldigitalisierung ein. Wir brauchen aber eine
59 deutliche Erhöhung der Bundesmittel, da die geplanten 2,5 Milliarden Euro weit
60 unter dem liegen, was die Länder für den Ausbau ihrer digitalen
61 Bildungsinfrastruktur benötigen. Eine Beteiligung der Länder an der Finanzierung
62 zu 50 Prozent ist nicht angemessen, insbesondere angesichts der angespannten
63 Haushaltsslage vieler Länder.

64 5. Forderung

65 Wir fordern daher die Bundesebene von Bündnis90/DIE GRÜNEN auf, mit Nachdruck
66 auf eine Änderung der vorgesehenen Reduzierung und Neuaufteilung der
67 Finanzierung der Bildungsdigitalisierung im Rahmen des Bundeshaushalts 2025
68 hinzuwirken. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Gelder langfristig
69 bereitgestellt werden, damit die Digitalisierung an Schulen dauerhaft umgesetzt
70 werden kann.

71 Autor*innen: Elena Koch(KV Saarbrücken), Volker Morbe(KV Merzig-Wadern), Stephan
72 Körner(KV Saarbrücken), Lea Kaschek(KV Saarbrücken)

Begründung

Mit dem DigitalPakt Schule unterstützt der Bund die Länder und Gemeinden bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur. Ziele des Digitalpaktes sind der flächendeckende Aufbau einer zeitgemäßen digitalen Bildungsinfrastruktur. Nachdem der Digitalpakt 1.0 seit Mai 24 ausgelaufen ist, sind derzeit die Verhandlungen um die Ausstattung des Digitalpakts 2.0 im Gange. Wir Grüne stehen für eine kontinuierliche, qualitativ hochwertige digitale Bildung, die effektiv und kompetenzgerichtet in der Pädagogik eingesetzt wird. Aus diesem Grund fordern wir, den Digitalpakt 2.0 angemessen zu finanzieren.

weitere Antragsteller*innen

Kathrin Schmidt (KV Saarbrücken); Benjamin Mey (KV Saarlouis); Markus Best (KV Saarlouis); Patrick Hahl (KV Saarbrücken); Tamina Majunke (KV Merzig-Wadern); Roy Lancaster (KV Saarpfalz); Karsten Schade (KV Saarbrücken); Alexander Schrickel (KV Saarbrücken); Peter Spang (KV Saarlouis); Stephanie Riede (KV Saarpfalz); Elena Koch (KV Saarbrücken); Jeanne Dillschneider (KV Saarbrücken); Yvonne Schwarz (KV Saarlouis); Karin Reif (KV Saarlouis); Fiona Wacker (KV Saarbrücken); Ute Lessel (KV Merzig-Wadern); Veronika Morbe (KV Merzig-Wadern); Petra Port (KV Saarlouis); Santino Klos (KV Saarbrücken); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.